Rheder Volkszeitung

Bezugspreis: 2,55 Mk. alle 4 Wochen.

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 2054. / Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfsing. Werth: Th. Parras.

Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 149 | Freitag, den 31. Mai 1929 | Jahrgang 1929

Nach Annahme des Young-Planes Räumung des Rheinlandes bis Jahresende?

Einigung in Paris über die deutschen Zahlungen. – Ab 1. September keine Besatzungskosten mehr. Die Entscheidung über die deutschen Vorbehalte steht noch aus.

Was Deutschland zahlen soll.

):(**Paris,** 30. Mai.

Unter dem offenkundigen Drucke des Vorsitzenden der Sachverständigenkonferenz, des Amerikaners Owen D. Young, ist man gestern abend zu einer Einigung über die deutschen Zahlungen gekommen. Um 8 Uhr abends begaben sich noch Geheimrat Kastl und Dr. Melchior im Kraftwagen in das Hotel Trianon nach Versailles, wo Dr. Schacht sich zurzeit aufhält, um dessen Einverständnis zu der Einigung einzuholen. Um 9 Uhr war der Sachverständige Lamont von der amerikanischen Gruppe in der Lage, folgende von allen Abordnungen gebilligte gemeinsame Bekanntmachung mitzuteilen:

> Die Sachverständigen der Gläubigermächte und die deutschen Sachverständigen haben sich schon seit einiger Zeit bereit erklärt, die Annuitätszahl von 2050 Millionen Mark, wie sie vom Vorsitzenden vorgeschlagen ist, anzunehmen, obwohl bezüglich einiger Auslegungsfragen noch Meinungsverschiedenheiten bestanden. Diese Meinungsverschiedenheiten sind jetzt geklärt, und es ist eine Auslegung, die sowohl für die Gläubiger wie für Deutschland annehmbar ist, gefunden worden, vorbehaltlich der Einigung über die ungeklärten Bedingungen, deren Entscheidung allerdings noch aussteht.

Nach dieser Vereinbarung bleibt der Dawesplan weiter in Kraft bis zum 1. September d. Js. Deutschland würde vom 1. April bis zum 1. September 1929 zu zahlen haben 1200 Millionen Mark, und zwar 1050 Millionen Daweszahlungen und die in dieser Zeitspanne fällig werdende zweite Rate der Industrieobligationen mit 150 Millionen Mark. Am 1. September tritt an die Stelle des Dawesplanes der Plan Youngs. Dieser sieht für die ersten 10 Jahre folgende Annuitäten vor:

Vom 1. Sept. 1929	bis 31. März 1930	742,8 Mill.
Vom 1. April 1930	bis 31. März 1931	1 707,9 Mill.
Vom 1. April 1931	bis 31. März 1932	1 685,0 Mill.
Vom 1. April 1932	bis 31. März 1933	1 738,2 Mill.
Vom 1. April 1933	bis 31. März 1934	1 804,3 Mill.
Vom 1. April 1934	bis 31. März 1935	1 866,9 Mill.
Vom 1. April 1935	bis 31. März 1936	1 892,9 Mill.
Vom 1. April 1936	bis 31. März 1937	1 939,7 Mill.
Vom 1. April 1937	bis 31. März 1938	1 977,0 Mill.
Vom 1. April 1938	bis 31. März 1939	1 995,3 Mill.
Vom 1. April 1939	bis 31. März 1940	2 042,8 Mill.

In diesen Zahlen ist der Zinsendienst für die Dawesanleihe nicht enthalten. Vom 11. Jahr ab wird also die Zweimilliardengrenze erreicht. Die Ziffern steigen dann noch weiter langsam an und bleiben auf der ungefähren Höhe von 2,2 bis 2,3 Milliarden, sodaß sich ohne den Zinsendienst für die Dawesanleihe eine Durchschnittsannuität von 1988,8 Millionen ergibt.

Die Uebergangsperiode dient dazu, die Bedürfnisse, die sich aus Ueberleitung des einen Systems in das andere ergeben, zu decken. Ueber die Uebergangsperiode erfolgt eine besondere Abrechnung. Die Beträge, die nicht verbraucht werden sollten, werden Deutschland zurückvergütet. Alles andere wird von den Regierungen bestimmt. Sollte das Inkrafttreten des neuen Youngplanes nicht bereits am 1. 9. d. Js. möglich sein, falls nämlich die Regierungsverhandlungen bis dahin noch nicht soweit gediehen sind, so wird der neue Plan de facto später in Kraft treten müssen. Dadurch wird jedoch nichts an den deutschen Zahlungen geändert. Die getroffene Lösung hat die politische Lage und politische Zweckmäßigkeit sehr stark berücksichtigt. Das wird in den Gutachten der Sachverständigen unzweideutig zum Ausdruck kommen. Mit der Annahme der Zahlen ist selbstverständlich, wie das bereits in dem Communiqué angedeutet ist, noch nicht entschieden, ob man zu einem einstimmigen Bericht kommen wird. Für die deutsche Delegation sind eben neben der Zahlenfrage auch die Modalitäten, unter denen der Plan laufen soll, von größter Wichtigkeit. Es besteht aber allseitige Hoffnung, daß man in den nächsten Tagen zu einer Einigung auch über die noch schwebenden Fragen gelangen kann. Die von den Belgiern geforderte Regelung der Markfrage ist vorläufig beiseite geschoben und bleibt direkten Regierungsverhandlungen überlassen.

*

Rheinlandräumung ab 1. September 1929?

:: **Paris,** 30. Mai. Im Zusammenhang mit der am Mittwoch erzielten Einigung der Sachverständigen über die Ziffernfragen wirft die in Paris erscheinende amerikanische Presse die Frage der Rheinlandräumung auf. „Newyork Herald" erklärt, der Tatsache werde große Bedeutung beigemessen, daß in dem Abkommen, wie es am Mittwoch von den Sachverständigen angenommen wurde, keine Zahlungen für die Rheinlandbesatzung nach dem 1. Januar 1930 vorgesehen seien. Das bedeute die völlige Räumung des Rheinlandes bis zu diesem Termin. Die Klausel für die laufenden Ausgaben für die Rheinlandbesatzung stelle fest, daß die Hauptzahlungen für diesen Posten am 1. September 1929 aufhören sollten, daß aber Deutschland bis zum 1. Januar 1930 die Ausgaben für alle Truppen zu leisten habe, die bis zu diesem Tage noch nicht aus dem Rheinland abtransportiert werden konnten. Es sei, wie das Blatt erklärt, ein stillschweigendes Abkommen dahin getroffen, daß, wenn die Sachverständigen zu einer endgültigen Einigung kämen und diese in Kraft gesetzt werde, die Alliierten sofort Schritte unternehmen würden, um ihre Truppen aus dem besetzten Gebiet zurückzuziehen. Das Rheinland werde also fünf Jahre vor dem im Versailler Vertrag vorgesehenen Termin völlig geräumt sein. Die „Chicago Tribune" meint, die deutschen Sachverständigen hätten auf Grund der nunmehr erzielten Einigung große Hofnungen für die Räumung des Rheinlandes bis zum 1. September. Am Mittwoch abend sei berichtet worden, daß mindestens eine der hauptsächlichsten alliierten Mächte sich ebenfalls für die Rheinlandräumung bis zum 1. September einsetze.

:: **London,** 30. Mai. Auch die „Times" meldet aus Paris, daß die gegenwärtige Einigung der Sachverständigen auf der Voraussetzung beruhe, daß das Rheinland bis zum 1 September dieses Jahres geräumt werde und daß keine weiteren Vorkehrungen für die Besatzungskosten nach diesem Zeitpunkt notwendig seien. Die britische Regierung habe die französische Regierung von ihrer Absicht verständigt, daß die englischen Truppen in jedem Falle zu einem früheren Zeitpunkt aus dem Rheinland zurückgezogen würden. Das Uebereinkommen zwischen den alliierten Sachverständigen hänge daher zuguterletzt ab von der Räumung des Rheinlandes bis zum 1. September und der gesonderten Regelung der belgischen Markforderungen. Es sei wenig wahrscheinlich, daß irgendeine der alliierten Abordnungen noch weiter eine belgische Weigerung unterstützen würde, sich zu Sonderverhandlungen zu verstehen. Die Räumung des Rheinlandes müsse natürlich von den Regierungen beschlossen werden. Im ganzen könnten die Aussichten für eine Einigung in Paris nach dieser Wendung als sehr günstig bezeichnet werden und einer der Führer der alliierten Sachverständigengruppe habe diese Ansicht auch bereits deutlich in aller Oeffentlichkeit bekanntgegeben.

*

Die deutschen Vorbehalte.

Von unserer Berliner Redaktion.

◈ **Berlin,** 30. Mai (Drahtb.)

Die Reparationskonferenz in Paris scheint nach einem monatelangen wechselvollen Schicksal nun doch zu einer Einigung führen zu wollen. Allerdings muß die Beurteilung dieser „Einigung" über die Ziffern mit größter Vorsicht aufgenommen werden, solange nicht näheres Material von der deutschen Delegation den maßgebenden Stellen in Paris zur Verfügung gestellt worden ist. Die bisher bekannt gewordenen Zahlen lassen nicht einmal mit unbedingter Gewißheit eine Errechnung der Durchschnittsjahresannuität zu. Die Zahlen für die ganzen 58 Jahre stehen fest, dagegen ist noch nicht entschieden wer die letzten 21 Jahre bezahlt. Daß neben diesen Zahlen noch die Besatzungskosten besonders bezahlt werden müssen, scheint ausgeschlossen. Die Besatzungskosten waren in den Daweszahlungen enthalten und stecken auch in den Youngschen Zahlen. Uebrigens ist dies eine Frage für die Gläubigermächte, die Deutschland direkt nichts angeht.

Die von Paris gemeldeten Zahlen beweisen auf den ersten Blick, daß die Leistungsfähigkeit Deutschlands aufs schwerste in Anspruch genommen, wenn nicht überschritten wird. Die deutsche Delegation hat denn auch mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß sie schließlich die hohen Ziffern nur angenommen habe, weil gewisse politische Notwendigkeiten hätten berücksichtigt werden müssen. Diese Notwendigkeit, die Politik mit der sachlichen Beratung zu verquicken, wird noch verstärkt durch die Tatsache, daß jetzt der Kampf um die deutschen Vorbehalte beginnt.

Von den ursprünglichen 12 Vorbehalten sind im ganzen noch vier übrig geblieben. Es handelt sich hierbei um folgende Fragen:

1. Das Aufbringungsmoratorium, auf Grund dessen es Deutschland gestattet werden soll, im Falle von Haushaltungsschwierigkeiten nicht nur die Transfer-, sondern auch die fernere Bereitstellung von etwa 700 Millionen um zwei Jahre aufzuschieben.

2. Die Festsetzung der ohne jeden Transfer oder Aufbringungsschutz zu zahlenden Summe, die zur Grundlage der Kommerzialisierung gemacht werden soll. Deutschland soll diese Summe auf den gleich bleibenden Betrag von 660 Millionen beschränken, während die Gläubiger eine staffelförmige Erhöhung der Summe bis auf 960 Millionen verlangen.

3. Die Regelung der Zahlungsverpflichtungen für das 38. bis 58. Reparationsjahr, die eng mit der Beteiligung Deutschlands am Gewinn der Reparationsbank verknüpft ist und nach der Forderung Dr. Schachts dadurch erweitert werden soll, daß evtl. Zahlungen der Nachfolgestaaten Oesterreichs an die Alliierten auf Grund der Friedensverträge von Deutschlands Schuld in Abzug gebracht werden sollen.

4. Die Befreiung der Reichsbahn von der Reparationshypothek, die ihr durch den Dawesplan auferlegt worden ist. Die Gläubiger fordern, daß die Hypothek bestehen bleibe aber zur Erweiterung von Finanzierungsbedürfnissen der Reichsbahn nicht mehr an erster, sondern an zweiter Stelle stehen soll.

Bei den von der deutschen Delegation erwähnten politischen Notwendigkeiten handelt es sich offenbar um die Hoffnung, die sich auf die Befreiung des Rheinlandes von der Besatzung bezieht. Tatsächlich hat England wohl die Absicht, am 1. September mit der Besatzung definitiv Schluß zu machen. Frankreichs Stellungnahme ist jedoch höchst unsicher. Aus der Tatsache, daß der Young'sche Plan über den 1. September hinaus keine Besatzungs-

Ministerpräsident Braun gegen die Konkordatskritiker

Eine Rede auf dem sozialdemokratischen Parteitag.

Magdeburg, 30. Mai. Im Verlauf der heutigen Verhandlungen des Sozialdemokratischen Parteitages (über die an anderer Stelle dieses Blattes berichtet wird), äußerte der Abg. Dr. Löwenstein-Berlin lebhafte

Bedenken gegen den Konkordatsbeschluß.

Frau Siemsen-Jena bedauerte, daß die Konkordatsverhandlungen nicht in voller Oeffentlichkeit geführt würden. Unter lebhaftem Beifall nahm dann

der preußische Ministerpräsident Dr. Braun

das Wort. Es handele sich hier mehr um eine kirchenorganisatorische Angelegenheit, die mit der ganzen Religionsphilosophie und mit weltanschaulichen Fragen nichts zu tun hat. Einen Vertrag, der eine ungeheure Gefahr für das Kulturleben bedeuten würde, würde er niemals unterschreiben. Die Organisation der katholischen Kirche beruhe in Preußen auf den vor einem Jahrhundert abgeschlossenen Verträgen. Im Jahre 1919 habe bereits der damalige preußische Kultusminister Haenisch der Kurie mitgeteilt, daß er über die Aenderung des Vertragsverhältnisses zu verhandeln bereit sei. Inzwischen kam der Abschluß des bayerischen Konkordats mit seinen Bestimmungen, die allerdings die Charakterisierung verdient hätten, die dem preußischen Konkordat hier bereits zuteil geworden sei. Es bestand weiter die Gefahr, daß nach diesem Vorgang in Bayern versucht wurde, im Reich ein Konkordat zu schaffen und dadurch sämtliche Länder an gewisse Vorschriften zu binden. Da habe er es

für zweckmäßiger gehalten, um das Zustandekommen eines Reichskonkordats unter Leitung eines Zentrumsreichskanzlers zu verhindern, in Preußen die Verhandlungen wieder in Gang zu bringen.

Diese Verhandlungen, so erklärte der Redner, stehen nunmehr kurz vor dem Abschluß. Ueber den Inhalt dieses Vertrages könne er naturgemäß im jetzigen Stadium keine Mitteilung machen. Das ist nicht Geheimdiplomatie, derartige Verträge werden niemals im Stadium der Verhandlungen der Oeffentlichkeit mitgeteilt. Es wird völlig von der Kritik die Rechtslage übersehen, die Bestimmungen der Reichsverfassung über Religion und Religionsgesellschaften und damit die Tatsache, wie wenig Rechte dem Staate gegenüber den kirchlichen Organisationen noch geblieben sind. Die Kirche ist frei, hat aber die Privilegien einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft und

der Staat hat nach wie vor zu bezahlen, bis durch Reichsgesetz die Ablösung geregelt wird.

Mit der Aufstellung von Reichsgrundsätzen für die Ablösung ist vorläufig nicht zu rechnen. Der Sinn unserer ganzen Vertragsverhandlungen mit der Kurie war, für den Staat doch wenigstens einen Teil der Rechte zu retten, die dem Staat durch die Weimarer Verfassung aus der Hand geschlagen worden sind. Wie weit das gelungen ist, wird man erst beurteilen können, wenn man den Inhalt des Vertrages vor sich hat. In dem Augenblick, wo wir die Ablösung durchführen können, sei der Vertrag eben gegenstandslos, denn dann sei die Kirche eine private Organisation und verliere dann der Ministerpräsident fest, daß

die Gefahr irgendeiner Einschränkung der staatlichen Schulhoheitsrechte beseitigt

sei. Das Wort Schule komme in dem Vertrage überhaupt nicht vor. Die Schule sei eine Staatshoheitsangelegenheit und habe mit der Kirche nichts zu tun. (Beifall.) Sobald der Vertrag fertiggestellt sei, werde die preußische Landtagsfraktion in Kenntnis gesetzt werden. Sie wir sich vor Augen halten müssen, daß die Entscheidung über diesen Vertrag über den Rahmen, der durch den Vertrag geregelten Materie hinaus für die gesamte preußische Politik von tiefgehender Bedeutung sein wird. Ich bitte den Parteitag über sämtliche Anträge zum Konkordat zur Tagesoronung überzugehen.

Dem Antrage Brauns entsprechend wurden in der Nachmittagssitzung des Parteitages die Anträge zur Konkordatsfrage durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

*

So erfreulich an sich das Auftreten des preußischen Ministerpräsidenten auf dem Magdeburger Parteitag gegen die Bekämpfer des Konkordats ist, so wenig vermögen wir alle seine Ausführungen zu billigen. Aber man muß sich vor Augen halten, daß hier ein Sozialdemokrat zu Sozialdemokraten gesprochen hat, die mit dem Liberalismus und Faschismus die Auffassung gemein haben, daß die Schule eine reine Staatsangelegenheit sei. Das Zentrum vertritt dagegen ganz entschieden den Standpunkt, daß an der Schule auch die Kirche ein erhebliches und berechtigtes Interesse hat, daß es durchaus nicht gleichgültig ist, ob die Jugend im christlichen Geiste herangebildet wird oder ohne Mitwirkung der Kirche in der Schule heranwächst. Die Erhaltung des kirchlichen Einflusses in der Schule hat das Zentrum bis zu einem gewissen Grade bekanntlich bei der Schaffung der Reichsverfassung durchgesetzt. Allerdings haben die Verhandlungen über den Keudellschen Reichsschulgesetzentwurf gezeigt, wie ungeheuer schwierig es ist, ein Reichsschulgesetz zu Stande zu bringen, das den Ansprüchen der katholischen Bevölkerung auf Unterrichtung und Erziehung ihrer Jugend im Geiste ihres Bekenntnisses gerecht wird.

Das Motiv der Verhandlungen der preußischen Staatsregierung mit dem Nuntius nimmt uns, soweit ihre sozialdemokratischen Mitglieder infrage kommen, nicht weiter wunder. Um in seinem Sinne „Schlimmeres" zu verhüten, nämlich ein Reichskonkordat unter der Kanzlerschaft Marx, hat Ministerpräsident Braun die von dem verstorbenen Kultusminister Haenisch eingeleiteten und später unterbrochenen Verhandlungen wieder aufgenommen. Indessen auch Mussolini hat mit dem Vatikan nicht aus Liebe zur katholischen Kirche über die Römische Frage und ein Konkordat verhandelt, sondern rein vom Standpunkt des faschistischen Staatslenkers aus. Wenn daher uns Katholiken das Ergebnis der preußischen Konkordatsverhandlungen nicht restlos befriedigen wird, so wird die Kritik daran doch berücksichtigen müssen, daß eine vollkommene Lösung in Verhandlungen mit einer Regierung, die zum größten Teil aus der katholischen Kirche ablehnend gegenüberstehenden Männern besteht, von vornherein nicht zu erwarten war und darum nur eine Kompromißlösung erreicht werden konnte, wie ja auch das italienische Konkordat für die Kirche keineswegs restlos befriedigend ausgefallen ist.

*

zahlungen versteht, glaubt man in gewissen zu einem starken Optimismus geneigten Kreisen, daß Frankreich mit dem 1. September oder bald danach das deutsche besetzte Gebiet räumen werde, um dadurch den Konflikt über die 10 Millionen Mark Besatzungskosten aus der Welt zu schaffen. Man kann aber auch einer anderen Auffassung zuneigen, denn es besteht die Möglichkeit, daß die Franzosen hinfort versuchen werden, unter allerhand Vorwänden eine Besatzung aufrecht zu erhalten, um dadurch eine vielleicht noch höhere Bezahlung von Deutschland zu verlangen. Denn nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen über die Befreiung des Rheinlandes darf man vorerst nicht damit rechnen, daß die französischen Truppen ohne weiteres den deutschen Boden freigeben werden.

In Berliner politischen Kreisen ist man der Auffassung, daß eine Bestimmung darüber, ob bei der vollständigen Ablösung der beiden Pläne durcheinander am 1. September schon irgendwie eine Räumung des Rheinlandes in Aussicht genommen ist, wohl nicht in den Abmachungen enthalten sein dürfte. In dem Mandat der Sachverständigen ist die Bestimmung enthalten, daß sie einen Bericht an die Regierungen und an die Reparationskommission machen. Es wird dann Aufgabe der Regierungen sein, weitere verbindliche Abmachungen über die Ausführungen zu treffen. Wann und wo die dazu nötige Konferenz stattfinden wird, steht noch völlig dahin. Wahrscheinlich wird eine Aenderung des Reichsbahngesetzes, der Bestimmungen über die Industrieobligationen und des Reichsbankgesetzes nötig werden. Es wird natürlich eine interne Frage bleiben, in welchem Maße die Reichsbahn an den weiteren Leistungen weiter beteiligt werden wird. Die Zahlungen der Reichsbahn werden dann an innere Stellen gehen. Das Reich wird mit seinem Budget den Gläubigern gegenüber haften.

Kein neuer englischer Schritt zur Räumungsfrage.

London, 30. Mai. Im Gegensatz zu einer Pariser Meldung eines englischen Blattes verlautet hier zuverlässig, daß die britische Regierung in der letzten Zeit keinerlei neuen Schritt in der Räumungsfrage bei der französischen Regierung unternommen hat. Dies bedeutet jedoch nicht, daß die bekannte Haltung der britischen Regierung, wie sie im Parlament und außerhalb von Baldwin, Chamberlain, Salisbury und Cushendun dargelegt wurden, eine Aenderung erfahren hat.

★

Konferenzschluß am 5. Juni?

× **Paris**, 30. Mai. Heute vormittag haben keine Besprechungen zwischen den Gläubigerdelegationen und der deutschen Delegation stattgefunden. In alliierten Kreisen in Paris beurteilt man die Zahlenlösung mit Zurückhaltung. Man erklärt, es handele sich um einen Schritt voran zur Lösung, aber es blieben noch einige Fragen von großer Bedeutung offen. Auch deutscherseits verhehlt man sich, daß die kommenden Verhandlungen von größter Bedeutung sind, da für die Erfüllung der einzugehenden Zahlungsverpflichtungen die Annahme der Vorbehalte der deutschen Delegation von Anfang an für unerläßlich erklärt wurde. Es kann festgestellt werden, daß der amerikanischen Delegation besonders durch ihre Tätigkeit in den letzten Tagen entscheidender Einfluß an dem Zustandekommen der Verständigung über die Zahlen zugefallen ist, in erster Linie dem Vorsitzenden der Konferenz Owen Young und Morgan. Man hofft, daß die Konferenz bis zum 5. Juni beendet sein wird.

★

Einberufung des Auswärtigen Ausschusses.

÷ **Berlin**, 30. Mai. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages ist zu Dienstag, den 4. Juni, vormittags 10 Uhr einberufen worden. Als einziger Punkt steht die Beratung der Ergebnisse der Sachverständigenkonferenz in Paris auf der Tagesordnung. An der Sitzung wird voraussichtlich Reichsaußenminister Dr. Stresemann teilnehmen, da zunächst Statssekretär von Schubert zu der Tagung des Völkerbundsrates nach Madrid fährt.

Die Nachricht, daß der Reichsaußenminister beabsichtige, auf seiner Reise nach Madrid einen Tag in Paris zu bleiben, beruht auf Kombinationen. Der Minister hat niemals die Absicht geäußert, länger als fahrplanmäßig nötig in Paris zu bleiben.

Gestern war Wahltag in England.

596 Abgeordnete waren zu wählen.

London, 30. Mai. Die Hochflut der Wahlpropaganda der letzten Tage hat gestern abend mit Reden aller maßgebenden Politiker ihren Abschluß gefunden. Die Blätter veröffentlichen letzte Aufrufe der Führer der drei Parteien. Baldwin, der gestern in 12 Wahlkreisen gesprochen und schließlich noch eine durch Rundfunk verbreitete Rede gehalten hatte, forderte die Wählerschaft auf, ihm weiterhin ihr Vertrauen zu schenken. Mac Donald erwartet eine nachdrückliche Verurteilung der Regierung. Lloyd George prophezeiht eine vernichtende Niederlage der Konservativen und einen überraschenden Wiederaufstieg der liberalen Partei. Der von einigen Blättern erwartete „Sinowjew-Brief", d. h. eine Wahlüberraschung im letzten Augenblick, ist ausgeblieben.

Die englische Wählerschaft hatte heute insgesamt 596 Abgeordnete für das Unterhaus zu wählen. Sieben Abgeordnete sind bereits am 20. d. M. gewählt worden, da sie keine Gegenkandidaten hatten. Auch die Universität Belfast hat bereits einen Abgeordneten gewählt. Die übrigen Universitäten hatten heute 11 Abgeordnete zu wählen, doch wird das Endergebnis dieser Wahlen wahrscheinlich erst in einigen Tagen bekannt sein. Im ganzen werden also 615 Abgeordnete in das neugewählte Unterhaus einziehen.

★

Zum ersten Mal die Frauen gleichberechtigt.

Ruhiger Verlauf des Wahltages.

÷ **London**, 30. Mai. Die Parlamentswahlen sind im vollen Gange. Sie haben diesmal einen besonderen Charakter, da die Zahl der Wähler und die Zahl der Kandidaten Rekordzahlen sind. Jene beläuft sich auf 29 Millionen, diese auf 1722. Auch die Zahl der Wahlkreise, wo in allen Fällen sich drei Kandidaten um die Gunst der Wählerschaft bewerben, ist höher als bei den früheren Wahlen. Außerdem handelt es sich um einen sehr offenen Wahlkampf, wie er seit Menschengedenken in England nicht geführt worden ist, und zum ersten Male nehmen alle Frauen, gleichberechtigt mit den Männern, an den Wahlen teil, da das wahlfähige Alter jetzt für beide Geschlechter 21 Jahre beträgt.

Die Wahllokale waren bis 9 Uhr abends geöffnet. Viele Wähler haben schon um 7 Uhr früh ihre Stimmen abgegeben. Auch Frauen haben sich bereits in den frühen Morgenstunden auf den Weg gemacht, um ihr neues Recht auszuüben. Das Wetter in London, das in der Frühe unfreundlich war, hat sich gebessert und in den späten Vormittagsstunden ist die Sonne hervorgekommen.

Wie der Vormittag ist auch der Nachmittag des Wahltages ohne Zwischenfälle verlaufen. Vor den Wahllokalen sind nirgends Ansammlungen zu verzeichnen, und mit Ausnahme eines merklichen Andranges in den Mittagsstunden wickelte sich der ganze Wahlakt schleppend ab. Im Augenblick ist nur eines sicher, daß die weiblichen Jungwähler alle Berechnungen über den Haufen werfen und daß selbst sonst als vollkommen sicher geltende Wahlkreise infolgedessen unsicher geworden sind.

Internationale Arbeitskonferenz in Genf.

Unter dem Präsidium Dr. Brauns'.

Die Eröffnungssitzung.

÷ **Genf**, 30. Mai.

Die 12. Internationale Arbeitskonferenz wurde heute vormittag von dem langjährigen Präsidenten des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamt, dem französischen Senator Fontaine, eröffnet. Auf Vorschlag des früheren französischen Arbeitsministers Godart, der von der Regierungsgruppe durch den englischen Vertreter Sir Malcoln Delevigne, für die Unternehmergruppe durch Oersted-Schweden und für die Arbeitergruppe durch Mertens-Belgien lebhaft unterstützt wurde,

wählte die Konferenz den früheren Reichsarbeitsminister Dr. Brauns durch Zuruf unter wiederholtem lebhaftem Beifall zu ihrem Präsidenten.

Der neue Präsident, der von sämtlichen Mitgliedern des Verwaltungsrats wärmstens begrüßt wurde, dankte nach Einnahme des Präsidentensitzes für die in seiner Wahl zum Ausdruck kommende Würdigung der deutschen Sozialpolitik und wies auf die langjährigen Traditionen Deutschlands im Ausbau der Arbeitsgesetzgebung hin, die es Deutschland zur heiligen Pflicht mache, auf diesem Wege fortzufahren. Nach der mit großem Beifall aufgenommenen Rede des Präsidenten wurde die Konferenz auf heute nachmittag vertagt.

Die Tagung der Arbeitskonferenz, die zum ersten Male von einem Deutschen geleitet wird,

weist den bisher stärksten Besuch auf. Von den 55 Mitgliedsstaaten nehmen 50 Länder mit über 90 Regierungsvertretern, rund 40 Arbeitgebern und etwa ebensoviel Arbeitnehmervertretern teil. Einschließlich der über 200 Sachverständigen sind zu dieser Tagung gegen 400 Vertreter der Sozialpolitik und der von der Konferenz zu behandelnden Spezialgebiete aus allen Ländern in Genf anwesend.

Die deutschen Vertreter sind neben dem Präsidenten Dr. Brauns, Ministerialdirektor Dr. Weigert und Ministerialdirektor Dr. Witzler vom Reichsarbeitsministerium, Kommerzienrat Vogel-Chemnitz vom Vorstand der Deutschen Arbeitgeberverbände und der stellvertretende Vorsitzende des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes, Hermann Müller.

In seiner Eröffnungsrede über die kommenden Aufgaben der Sozialpolitik behandelte Präsident Dr. Brauns besonders das kollektive Arbeitsrecht, die Aufgabe einer gleichberechtigten Mitwirkung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber an der Festsetzung der Arbeitsbedingungen und die erfolgreiche Rolle der Gewerkschaften, deren Anerkennung durch Verfassung und Arbeitsrecht der bedeutsamste Wandel in der Sozialpolitik vieler Staaten sei.

Die mehr als 100 Millionen Arbeitnehmer, die nach acht Stunden der Tagesarbeit in den freien Betrieben frei sein wollen,

bedürfen einer nützlichen und zugleich erholenden Tätigkeit. Die beste Gelegenheit dazu bietet das eigene Heim, namentlich wenn es mit einem Stückchen Land oder Garten verbunden ist. Die Hauswirtschaft steigt in der Achtung der Wirtschaftspolitiker und der Sozialpolitiker. Die Beseitigung der Wohnungsnot ist die unentbehrliche Voraussetzung für die große Umschichtung der europäischen Völker nach Beruf und Wohnweise. In dem Wohnungselend vieler großer Städte liegt die schwerste Versäumnis der Vorkriegszeit. Der Erfolg unserer Konferenzen wird umso größer sein, je mehr wir uns auf Aufgaben konzentrieren, die in der einzelstaatlichen Gesetzgebung vorbereitet und für eine internationale Regelung reif sind. So haben die ersten zehn Jahre uns auf verschiedenen Gebieten praktisch vorwärtsgebracht, von denen ich nur den Mutterschutz, den Arbeitsschutz von Kindern und Frauen, die Unfall- und Krankenversicherung, die Festsetzung von Mindestlöhnen im Heimgewerbe, den Heuervertrag der Seeleute nenne. Um den guten Willen unter den Völkern, die Grundlage aller Friedensarbeiten, zu stärken, so schloß Präsident Dr. Brauns unter dem anhaltenden Beifall der Konferenz seine Rede, ist keine Organisation geeigneter, als die Internationale Arbeitsorganisation.

★

Dr. Brauns redete in einer „nichtoffiziellen" Sprache.

÷ **Genf**, 30. Mai. Die Internationale Arbeitskonferenz hat heute nachmittag durch die Wahl der drei Vizepräsidenten und des Tagesordnungsausschusses, in dem Deutschland in allen drei Gruppen vertreten ist, ihr Vorstandsbüro gebildet. Zu Beginn der Sitzung wurde von dem italienischen Regierungsvertreter Prof. Perassi im Namen der italienischen Delegation eine kurze Erklärung des Inhalts abgegeben, daß die italienische Delegation sehr gerne die Wahl des früheren Reichsarbeitsministers Dr. Brauns zum Präsidenten der Konferenz unterstützt habe, da er auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung immer eine hervorragende Tätigkeit entfaltet habe und überdies ein großes Land vertrete, dessen Mitarbeit in der internationalen Arbeitsorganisation sehr wertvoll sei. Die italienische Delegation hält es jedoch für notwendig, die Aufmerksamkeit der Konferenz auf die Bedeutung zu lenken, die dem Umstande zukommen könne, daß heute vom Präsidenten der Arbeitskonferenz eine nichtoffizielle Sprache gebraucht würde. Die italienische Delegation behalte sich daher das Recht vor, die Frage aufzuwerfen, ob nach der Geschäftsordnung von der Konferenz mit amtlichen Funktionen betraute Mitglieder bei der Ausübung ihrer Obliegenheiten eine nichtoffizielle Sprache gebrauchen können. Der Direktor des Arbeitsamtes, Albert Thomas, erwiderte, daß diese Frage in Uebereinstimmung mit der italienischen Delegation dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen werde, der bereits in den nächsten Tagen eingesetzt werden soll. Eine weitere Aussprache über die italienische Erklärung fand nicht statt.

Wiederbeginn der Reichstagsberatungen.

◈ **Berlin**, 30. Mai. Der Reichstag wird am Montag, 3. Juni, nachmittags 3 Uhr, seine Plenarsitzungen wieder aufnehmen. In Fortsetzung der Etatsberatung wird zunächst der Etat des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft in Verbindung mit dem landwirtschaftlichen Notprogramm beraten werden. — Der Haushaltsausschuß wird bereits am Freitag, 31. Mai, seine Arbeiten wieder aufnehmen und in dieser Woche die Beratung des Etats des Finanzministeriums und der Kriegslasten erledigen. Am 3. und 4. Juni steht im Ausschuß das Verkehrsministerium, am 5. und 6. Juni der Etat des Reichswehrministeriums zur Debatte. Die Etats der allgemeinen Finanzverwaltung und das Etatsgesetz sollen in Abendsitzungen des Haushaltsausschusses erledigt werden. Um den Etat im Ausschuß rechtzeitig fertigzustellen, ist beschlossen worden, den ersten Rednern jeder Fraktion 15 Minuten Redezeit und den weiteren Rednern nur je fünf Minuten Redezeit zu gewähren. Wann jedoch der Etat im Plenum erledigt werden kann, ist zur Zeit noch nicht zu übersehen, obwohl der Aeltestenrat schon in seiner letzten Sitzung Abendsitzungen des Plenums in Aussicht genommen hat. Trotz dieses beschleunigten Tempos wird jedoch der Reichstag nicht vor Anfang Juli in die Sommerferien gehen können.

Ein interkonfessionelles Friedensprogramm.

:: **Berlin**, 30. Mai. Die neugebildete Arbeitsgemeinschaft der Konfessionen für den Frieden, der von evangelischer Seite die deutsche Vereinigung des Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen, von katholischer Seite der Friedensbund deutscher Katholiken und der jüdische Friedensbund angehören, veröffentlicht einen Aufruf, in dem es heißt, daß alle materiellen Sicherungen ohne Mitwirkung ideeller Faktoren unwirksam bleiben müssen, bei voller Anerkennung der Pflicht zur Wahrung der nationalen Eigenart der einzelnen Völker, seien die Bekenntnisse ihrer Friedensaufgabe längst bewußt geworden. Der Aufruf hebt hervor, daß der dauernde Friede auf Grund sittlicher Forderungen angestrebt werde „nicht als Verewigung alles Geschehenden, als Freibrief für alles künftige Unrecht, sondern als Verpflichtung zur Gerechtigkeit und zu gegenseitigem Vertrauen aus Ausfluß der Freundschaft und Brüderschaft der Völker." Der Aufruf ist unterzeichnet von evangelischer Seite u. a. von Prof. D. Siegmund Schultze, Direktor D. v. Stauß-Berlin, Prof. D. Heyde-Kiel, von katholischer Seite von Prinz Max zu Sachsen, Stadtbaurat Dr. Adler u. a., von jüdischer Seite von dem Vorsitzenden des deutschen Rabbinerverbandes Dr. Best, Prof. Einstein, Oskar Wassermann.

Zusammenstöße in der böhmischen Landesvertretung.

× **Prag**, 29. Mai. Die für heute vormittag neun Uhr einberufene böhmische Landesvertretung trat erst kurz vor 11 Uhr zusammen. Während dieser zwei Stunden berieten die Klubobmänner über die Regelung der Frage, in welcher Sprache die deutschen Mitglieder des Landesausschusses referieren sollen. Es gelang jedoch nicht, ein Einvernehmen zu erzielen. Infolgedessen wies der Landespräsident nach Eröffnung der Sitzung das Referat über den Rechnungs-Fonds für die Hebung der Fischerei in Böhmen, das der dem deutschen Bunde angehörige Landesausschußbeisitzer Kaiser halten sollte, dem Sekretariatsbeamten der Landesvertretung, Dr. Confal, zu. Die Mitglieder der deutschen Parteien sammelten sich hierauf vor der Präsidentenbühne und protestierten durch lärmende Kundgebungen gegen diese Stellung eines anderen Referenten. Gleichzeitig kam es auch zu scharfen Meinungswechseln zwischen Angehörigen der deutschen und der tschechischen Parteien. Infolgedessen sah sich der Landespräsident genötigt, die Sitzung auf 5 Minuten zu unterbrechen.

◆ **Prag**, 29. Mai. Der Sprachenkonflikt in der böhmischen Landesvertretung, der heute vormittag zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Angehörigen der deutschen und der tschechischen Parteien und zu einer Unterbrechung führte, wurde durch ein Abkommen, das zwischen den Klubobmännern getroffen wurde, beigelegt. Danach müssen die deutschen Landesausschuß-Beisitzer oder Mitglieder der Landesvertretung oder der Kommissionen Referate in der Staatssprache erstatten und können dann eine freie Uebersetzung in der Minderheitensprache beifügen. Die gleiche Bestimmung gilt auch für die Debatte. Konkrete Anträge werden nur in der Staatssprache vorgelegt. In diesem Sinne soll auch in den Bezirks- und Gemeindevertretungen mit den Minderheiten verfahren werden. Die weitere Sitzung nahm dann einen ruhigen und raschen Verlauf.

Kleine politische Nachrichten.

Das jüngste Mitglied der sozialdemokratischen Landtagsfraktion gestorben.

() **Bochum**, 30. Mai. Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Garbe ist heute hier einem nach einer Blinddarmoperation aufgetretenen Lungenschlag im Alter von 33 Jahren gestorben. Der Verstorbene war politischer Schriftleiter des „Bochumer Volksblattes" und das jüngste Mitglied der sozialdemokratischen Landtagsfraktion.

Verbot eines kommunistischen Mitteilungsblattes.

÷ **Berlin**, 30. Mai. Der Berliner Polizeipräsident hat ein von der kommunistischen Reichstagsfraktion herausgegebenes Mitteilungsblatt verboten. Er begründet es damit, daß dieses Blatt ein Ersatzblatt für die verbotene „Rote Fahne" sei. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat Beschwerde erhoben.

Neue Erkrankung des Königs von England.

:: **London**, 30. Mai. Wie von offizieller Seite mitgeteilt wird, leidet der König an einem Fieberanfall und muß das Bett hüten. Die nächste Mitteilung über das Befinden des Königs wird nicht vor morgen früh ausgegeben werden.

Schweres Bootsunglück auf dem Hengstey-See.

Zwei Todesopfer.

● **Hagen** i. W., 30. Mai. Ein schweres Unglück ereignete sich heute nachmittag gegen 5 Uhr auf dem Hengsteysee. Drei junge Leute aus Hörde, namens Fritz Ising, Wilhelm Ahler und Paul Schönfeld unternahmen eine Bootsfahrt auf dem Hengsteysee. Das Boot schlug plötzlich um, und alle drei Insassen stürzten ins Wasser. Während es dem Paul Schönfeld gelang, wieder nach oben zu kommen und das Ufer zu erreichen, blieben die beiden anderen verschwunden. Die sofort angestellten Nachforschungen waren ohne Erfolg, es ist bisher nicht gelungen, die Leichen zu finden. Der Boden des Sees ist sehr verschlammt, sodaß sich die Nachforschungen sehr schwierig gestalten.

Falschmünzerwerkstätten in der Leichenhalle und Kirche.

Magdeburg, 30. Mai. Der Landjägerei ist es nach schwierigen Ermittlungen gelungen, in Wackersleben (Kr. Neuhaldensleben) eine Falschmünzerwerkstatt zu entdecken, die von dem Tischler Miehe, dem Kupferschmied Schulz und dem Schlosser Schrader betrieben wurde. Die drei haben seit 1927 falsche 50 Pfg.-, 1 Mk.- und 2 Mk.-Stücke hergestellt und in Verkehr gebracht. Die Herstellung der Falschstücke erfolgte in der Werkstatt des Tischlermeisters Schulz, des Vaters des einen der Beteiligten, ferner in der Leichenhalle und auf dem Boden der Kirche in Wackersleben. Die Falschmünzer arbeiteten meist in den Nachtstunden und benutzten zur Anfertigung des Falschgeldes Weißmetall. Schulz befindet sich in Magdeburg in Haft, Schrader ist dem Amtsgericht Hötensleben zugeführt worden, Miehe ist flüchtig.

Neuer Bombenanschlag in Schleswig-Holstein.

× **Regensburg**, 30. Mai. In Hohenwestedt im Kreise Rensburg wurde in der vergangenen Nacht ein neuer Bombenanschlag verübt, der an das Attentat auf das Landratsamt in Itzehoe erinnert. Von unbekannten Tätern wurde eine Sprengstoffladung durch ein zertrümmertes Fenster in die Autogarage beim Hause des Schulrats Lampfert geworfen. Das Garagendach wurde z. T. abgedeckt und ein Auto schwer beschädigt, doch wurde der Hauptschlag durch eine vor dem Auto stehende Karre mit Holzbohlen aufgefangen. Das Wohnhaus selbst ist unversehrt. Der Vertreter des Staatsanwalts Altona ist bereits in Hohenwestedt eingetroffen.

● **Hohenwestedt**, 30. Mai. Zu dem Anschlag auf das Haus des Schulrates Lempfert ist zu melden, daß als Explosivstoff lediglich Schwarzpulver verwendet worden ist. Ueber das Ergebnis der bisherigen polizeilichen Ermittelungen verlautet noch nichts. Der Anschlag wird damit in Zusammenhang gebracht, daß Schulrat Lempfert vor einiger Zeit die Entfernung von Lutherbildern aus der hiesigen Schule verfügt haben soll.

Hamburg, 30. Mai. Schulrat Lempfert in Hohenwestedt erklärte dem „Hamburger Fremdenblatt" auf Anfrage, daß er allerdings vor geraumer Zeit in der Schule von Hohenwestedt ein Lutherbild, das alt und durch viele Heftzwecke und Nägel zerstört war, und in Fetzen von der Wand hing, habe entfernen lassen. Dies sei aber mit Zustimmung des Lehrerkollegiums und mit Einverständnis der Regierung geschehen. Weiter erklärt Lempfert, daß er auf der Mitgliederliste einer Verbindung stehe, die von der Ludendorff-Gruppe der Völkischen aufs schärfste bekämpft werde, daß er aber dieser Verbindung nicht angehöre.

Unwetter in der Grafschaft Glatz.

:: **Glatz**, 20. Mai. Am Mittwoch nachmittag brach über dem Kreis Glatz und Hebelschwerdt ein schweres Unwetter herein. Die Bäche schwollen stark an und richteten großen Schaden an. Durch einen Blitzschlag wurde das Gehöft eines Bauerngutsbesitzers in Neu-Batzdorf vollkommen eingeäschert und in Oberhannsdorf wurde eine Gärtnerei durch die Wassermassen vernichtet. In Heinzendorf wurde eine Frau vom Blitz getötet.

Sieben Personen in einer Grotte verschüttet.

◆ **Rom**, 30. Mai. Durch ein heftiges Gewitter wurde in einem Walde bei Cassino in der Nähe der bekannten Benediktiner-Abtei Monte Cassino eine Grotte vom Sturm und von den Wasserfluten eingerissen, in der sieben Personen, Köhler und ihre Kinder, vor dem Unwetter Schutz gesucht hatten. Alle sieben Personen, fünf Erwachsene und zwei Kinder, fanden unter den Gesteinstrümmern den Tod. Bisher konnten noch nicht einmal alle Leichen geborgen werden.

Explosion eines Unterwasserbehälters.

Vier Arbeiter tot.

:: **Jersey City**, 30. Mai. Bei Brückenbauarbeiten im Hackensackfluß explodierte gestern abend ein Unterwasserbehälter, in dem sich 18 Arbeiter befanden. 14 Arbeiter wurden durch die Gewalt der Explosion an die Oberfläche des Wassers geschleudert oder sonstwie gerettet. Vier wurden tot geborgen. Die Geretteten haben sämtlich Arm- und Beinbrüche und durch den plötzlichen Luftdruckwechsel Lungenerweiterungen davongetragen. Sie wurden in improvisierten Luftkammern in ein Krankenhaus geschafft.

Der chinesische Nordexpreß entgleist.

Bisher 21 Tote.

 # Peking, 30. Mai. In der Nähe von Kalgan ist auf dem Bahnhof Futschian der chinesische Nordexpreßzug entgleist. Neun Wagen sind vollkommen zertrümmert. Der Führer der Lokomotive war auf der Stelle tot. Bis jetzt wurden 21 Tote und 60 Verwundete festgestellt. Die Ursache des Unglücks wird zurzeit von der chinesischen Regierung festgestellt.

Der sozialdemokratische Parteitag.

Breitscheid erstattet den Bericht der Reichstagsfraktion.

☒ **Magdeburg**, 29. Mai. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag erstattete nach Abschluß der Debatte Abg. Breitscheid den Bericht der Reichstagsfraktion. Er betonte u. a. daß der Partei mit der Beteiligung an der Regierung nicht alle oppositionellen Blütenträume reifen könnten. Die Fraktion habe sich großen Hemmnissen gegenüber befunden, so dem Absinken der Konjunktur, der Arbeitslosigkeit, der Ebbe in der Reichskasse und den durch die Pariser Verhandlungen entstandenen Schwierigkeiten. Doch habe man bereits in der Opposition durch Druck auf die Regierung manches erreicht, so auf dem Gebiet der Sozialpolitik, das Gesetz über die Krankenversicherung der Seeleute und die Erhöhung von Renten. Es habe aber auch Rückschläge gegeben, wie z. B. bei dem Gesetz über die Arbeitszeit in den Bäckereien. Es lasse sich auch in einer Opposition, die nicht auf dem Standpunkt stehe, alles oder nichts, manches erreichen.

Nach dieser Auseinandersetzung mit der Kritik innerhalb der Partei bemühte sich Breitscheid weiter, den Vorwurf der Landwirtschaftsfeindlichkeit, der der Partei von außen gemacht werde, zu widerlegen und er verwies u. a auf die Haltung der S. P. D. gegenüber dem Notprogramm. Leider sei man

schon zu tief in die Subventionsmißwirtschaft hineingeraten.

Breitscheid stellte die Forderung auf, daß ein unrettbares Unternehmen zu Grunde gehen, dafür ein noch zu rettendes Unternehmen in die Gemeinwirtschaft übernommen werden müsse. Weiter führte der Redner nach einem Rückblick auf das Ende der bürgerlichen Parteikonstellation, u. a. aus, der äußere Grund ihres Zusammenbruches sei die Schulpolitik gewesen, nicht zuletzt sei er aber verursacht worden durch die zunehmende Abneigung der Zentrumsarbeiter gegen ein Regieren mit den Deutschnationalen. Daraus müsse man die Folgerung ziehen, daß

nichts gefährlicher wäre, als den Kampf gegen das Zentrum mit religiösen und nicht mit politischen Waffen zu führen.

Es scheine ihm, daß aus den Kreisen der Fraktion eine wilde Agitation gegen das Konkordat entfesselt werde. Wesentlich sei es, daß man den Inhalt des Konkordats erst kenne,

wesentlich sei es, daß man sich von dem Worte Konkordat nicht abschrecken lasse.

Breitscheid behandelte dann die Versprechungen, die aus den Reihen der Führer der Partei gemacht worden seien, die aber bei der Regierungsbildung nicht gehalten werden konnten z. B. die Einführung des Nationalfeiertages, den Severing sogar angekündigt habe.

Auch die Minister sollten in ihren Erklärungen vorsichtiger sein.

Ebenso sei in der Frage des Panzerkreuzers gefehlt worden. Die Minister hätten sich zuvor bei den Fraktionen erkundigen müssen. Wenn auch eine Partei sich von den Regierungsgeschäften möglichst fernhalten müßte, so beeinflußten auch die anderen Parteien ihre Minister, und die Sozialdemokratische Partei sei mehr als eine Partei, sie sei eine Lebensgemeinschaft, mit der sich auch die Minister verbunden fühlen müßten. Darauf behandelte Breitscheid die finanziellen Schwierigkeiten, in denen wir uns befinden.

Wenn Paris das Erwartete nicht bringe, würden neue Steuern nötig sein. Die Maßnahmen des Reichsfinanzministers seien nur ein Provisorium. Wenn man die Abstriche im Heeresetat nicht als genügend bezeichnen könne, so sei doch immerhin ein Anfang gemacht. Einer Erweiterung der Sozialpolitik, wie sie die Sozialdemokratie wünsche, stehe die Finanzlage sehr hemmend gegenüber. Allerdings sei nun deswegen nicht alles unterblieben. Die Erfolge seien besonders anzuerkennen angesichts der Tatsache, daß der Kampf gegen die Sozialpolitik jetzt so besonders energisch geführt werde. Mit erhobener Stimme erklärte Breitscheid, daß

für eine Regierungskrise die Arbeitslosenversicherung und die Sozialpolitik ein viel besserer Grund als der Panzerkreuzer

seien. Eine andere Frage, in der die Nachgiebigkeit eine Grenze finde, seien die Zölle. Einer weiteren Erhöhung der Zölle müsse der schärfste Widerstand entgegengesetzt werden. Dann kam Breitscheid noch einmal auf die Sozialpolitik zu sprechen, die ein anderes Gesicht erhalten habe durch die Anleihe. An dieser Anleihe habe die Fraktion sehr wenig Freude gehabt. Sie habe ihr mit nur geringer Majorität zugestimmt, weil man überzeugt war, daß im gegenwärtigen Augenblick doch ein anderer Ausweg nicht gegeben sei, da man zu büßen habe für die Sünden vergangener Jahre. Nachdem wir aber zugestimmt haben, so erklärte Breitscheid mit großem Nachdruck,

muß unser Widerstand gegen die Einschränkung der Arbeitslosenversicherung noch stärker sein als bisher.

Wir wollen nicht, daß die Kassenlage des Reiches verbessert wird auf Kosten hungernder Erwerbsloser. Eine Steuerreform kann nicht vermieden werden. Sie darf aber nicht erfolgen auf Kosten der breiten Massen, etwa unter der Parole der notwendigen Kapitalbildung. Andernfalls wird man die Sozialdemokratie auf dem Posten finden — in der Opposition.

Es folgten Ausführungen zur Außenpolitik mit einem Bekenntnis zur Verständigung nach dem Westen und nach dem Osten. Was die Partei nicht wolle, sei eine militärische Gemeinschaft mit Rußland. Sie verlange, daß die Sowjetregierung sich in ihren Beziehungen so verhalte, wie es sich für einen Kulturstaat gehöre. Mögen die Ziele Stresemanns und seiner Freunde, fuhr der Redner dann fort, anders sein als bei uns — wir wissen, daß der dauerhafteste Friede nur durch den internationalen Sozialismus zu erreichen ist — so darf man doch bis dahin sich der Mitarbeit nicht vollkommen entziehen. Deshalb arbeitet die Sozialdemokratie auch mit dem Völkerbund, deshalb habe man die Regierung unterstützt in ihrem Kampfe für die allgemeine Abrüstung.

Wir unterstützen die Regierung mit allen Kräften bei ihren Bemühungen auf Räumung des Rheinlands und auf Räumung des Saargebiets.

Wir sind überzeugt davon, daß wir ein Recht auf Befreiung der Rheinlande haben. Solange die Abrüstung nicht durchgeführt sei, solange die Besetzung der Rheinlande fortgeführt werde, sei nicht an eine Entspannung zu denken. Breitscheid beschäftigte sich weiter mit dem

Vorwurf einer Nebenregierung,

an der Hermann Müller, Hilferding, Georg Bernhardt und er beteiligt sein sollen. Er erklärte, daß er nie versucht habe, auf die Führung der Reparationsverhandlungen einzuwirken.

Hammer-Ludwigshafen trug darauf einen Antrag vor, in dem auf jedem Parteitag seit dem Kriege in Uebereinstimmung mit den sozialdemokratischen Parteien Englands, Frankreichs und Belgiens die Forderung auf Räumung des Rheinlandes gestellt und an die Reichsregierung und die Länderregierungen die Aufforderung gerichtet wird, baldigst ein umfassendes Reformprogramm mit dem Ziele der Ueberwindung der wirtschaftlichen Kriegsfolgen vorzulegen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Damit war die Sitzung geschlossen.

*

Loebe gegen die verantwortungslose Agitationspolitik.

:: **Magdeburg**, 30. Mai. Der sozialdemokratische Parteitag trat am Donnerstag zunächst die Vorbereitungen für die im Laufe des Tages vorzunehmenden Vorstandswahlen. Einstimmig wurde gemäß dem Vorschlag des Vorsitzenden Wels beschlossen, zwei Vorsitzende zu wählen und die Stelle des dritten Vorsitzenden dem Reichskanzler, dessen Parteiamt während der Ministertätigkeit ruht, vorzubehalten. Ferner sollen acht Beisitzer gewählt werden, während die Stelle des neunten Beisitzers dem Reichsfinanzminister Hilferding vorzubehalten ist. Dann begann die

Aussprache über den Bericht der Reichstagsfraktion.

Im Mittelpunkt der Erörterungen stand der Antrag Aufhäuser-Sender in dem nach Anführung einer Reihe von Forderungen sozial- und steuerpolitischer Art erklärt wird, daß die Partei an einer Koalition, die die Verwirklichung dieser Forderungen nicht zulasse, kein Interesse haben könne. Stampfer-Berlin stimmte grundsätzlich der Politik der sozialdemokratischen Minister zu. Der Redner übte

lebhafte Kritik an der Politik des Reichsfinanzministers,

der nicht rechtzeitig die Finanzlage geschildert habe, auf neue Steuern verzichtete und deshalb für soziale Zwecke keine Mittel zur Verfügung stellen konnte. Frau Sender schloß sich im wesentlichen dieser Kritik an.

Die nächsten Redner wenden sich gegen die preußischen Konkordatsverhandlungen. Ihnen trat (wie an anderer Stelle berichtet wird) der preußische Ministerpräsident Dr. Braun entgegen

Reichstagspräsident Loebe forderte zu

stärkerem Verantwortungsgefühl in der Agitation

auf und begründete einen Antrag, der im Interesse der Industrie des Ostens den baldigen Abschluß der Handelsverträge mit Polen und Estland fordert.

Reichsfinanzminister Dr. Hilferding, der sodann das Wort nahm, betonte die Notwendigkeit der Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung im Interesse der Erhaltung der Demokratie; denn die Demokratie sei die Voraussetzung für die Verwirklichung des Sozialismus. Der Minister wies den Vorwurf zurück, daß er nicht rechtzeitig den Ernst der Finanzlage geschildert habe. Trotz der ungünstigen Finanzlage sei es gelungen, in diesem Krisenjahr das Lohnniveau zu halten und teilweise sogar zu erhöhen.

Wenn es in Paris schließlich zu einer Einigung kommt,

so unbefriedigend diese auch für unsere wirtschaftlichen Wünsche und Leistungen an sich sein mag, so ist damit der Weg für unsere Außenpolitik wieder freigeworden, der Weg einer europäischen Verständigung und einer internationalen Friedenspolitik. Daß das kommende Finanzprogramm diktiert sein muß von sozialen Rücksichten, ist eine Selbstverständlichkeit. Ich bin, so schloß der Minister, von der Koalitionspolitik nicht enttäuscht, weil ich für sie ja keine Illusionen hatte, aber ich werde auch darin Recht behalten, daß nach diesen schweren Jahren sich die Möglichkeit bieten wird, nunmehr wieder aufwärts zu gehen. Reichstagsabgeordneter Landsberg stellte fest, daß

auf dem Parteitag niemand als grundsätzlicher Gegner von Koalitionsregierungen aufgetreten

sei, auch Fleißner nicht. Das lasse ihn die Entwicklung der sächsischen Verhältnisse günstiger beurteilen, als er es sonst getan hätte. Das Mißvergnügen mit den Ergebnissen der Regierungspolitik habe nichts mit den Personen zu tun, die die Partei in der Regierung vertreten. Er versichere vor allem Hermann Müller der größten Hochachtung. In wichtigen Einzelfragen hätten die Minister allerdings keine glückliche Hand gehabt, auch in der Angelegenheit Trotzki nicht. Ein Antrag auf Schluß der Aussprache wurde darauf angenommen.

:: **Magdeburg**, 30. Mai. Die Nachmittagssitzung des sozialdemokratischen Parteitages begann mit dem Schlußwort des Abgeordneten Dr. Breitscheid. Der größte Teil der vorliegenden Anträge wurde darauf der Reichstagsfraktion überwiesen, so alle Anträge zur Sozialpolitik, zur Pensionsfrage, Wohnungfrage usw. Den Berliner Antrag, die Minister zu verpflichten, bei besonders wichtigen Entschlüssen zuvor die Fraktionen, den Parteivorstand und Parteiausschuß zu hören, bat der Vorsitzende abzulehnen, da die Verantwortung bei der Regierung bleiben müsse. Die Abstimmung blieb aber zweifelhaft und es mußte eine Auszählung erfolgen. Sie ergab die Ablehnung des Antrages mit 199 gegen 167 Stimmen. Dann folgte der Antrag Aufhäuser-Sender. Gegen eine starke Minderheit wurde beschlossen, die sozialpolitischen Teile des Antrages der Fraktion zu überweisen. In seinem grundsätzlichen Teile wurde der Antrag abgelehnt.

Der Parteitag ging dann über zu dem Bericht des Abgeordneten Crispien über die Internationale. Er stellt als Gesamtergebnis der Entwicklung der Nachkriegszeit fest, daß der Kapitalismus sich wirtschaftlich erholt habe und angriffslustiger geworden sei. Schließlich sprach Frau Juchacz noch über das Thema „Die Frau in Politik und Wirtschaft". Im ganzen kam die Rednerin zu dem Ergebnis, daß die in der Verfassung festgesetzte Gleichberechtigung von Mann und Frau noch nicht erreicht sei. Sodann vertagte sich der Parteitag auf Freitag

Komtesse Monroy aus der Haft entlassen.

Die Angelegenheit dem ordentlichen Verfahren überwiesen.

:: **Berlin**, 30. Mai. Unter starkem Andrang von Publikum und Presse fand am Donnerstag vormittag die Verhandlung gegen die Komtesse Monroy wegen der in der Oeffentlichkeit stark beachteten Diebstahlsangelegenheit vor dem Schnellrichter statt. Nachdem der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Kaiser, die Personalien der Angeklagten festgestellt hatte, wobei sich ergab, daß die Komtesse in Paris geboren und italienische Staatsangehörige ist, stellte Rechtsanwalt Dr Frey, der ihre Verteidigung übernommen hat, den Antrag, die Angelegenheit zu vertagen, da seine Mandantin nicht in der Lage sei, Erklärungen abzugeben. Schon aus körperlichen Gründen sei sie dazu völlig außerstande. Er beantragte ferner, die Komtesse Monroy aus der Haft zu entlassen. Da der Staatsanwalt diesen Anträgen des Verteidigers zustimmte, beschloß das Gericht demgemäß. Der Vorsitzende teilte mit, daß die Sache in das ordentliche Verfahren übergeleitet werde und in Moabit zur Aburteilung gelangen werde. Er fügte noch die weitere Erklärung hinzu, daß die Annahme, es handele sich um ein Antragsdelikt, unzutreffend sei, vielmehr läge ein Offizialdelikt vor. Darauf wurde die Verhandlung geschlossen. Der Verteidiger hat jetzt beantragt, daß das Verfahren auf Grund des Paragraphen 153 des St. G. B. eingestellt wird. Der Verteidiger begründet den Antrag damit, daß es sich in diesem Fall keineswegs um wichtige öffentliche Interessen, sondern mehr um eine tragische Familienangelegenheit handele. Zu berücksichtigen sei noch, daß der von der Komtesse angerichtete Schaden fast ganz wieder gutgemacht worden ist durch die Herbeischaffung der gestohlenen Wertgegenstände. In dem betreffenden Paragraphen heißt es nämlich ausdrücklich, daß ein Verfahren durch den Staatsanwalt nur eingeleitet werden muß, wenn größere Vermögenswerte, die entwendet worden sind, in Frage kommen. Im übrigen ist die Komtesse Monroy, nachdem sie heute aus der Haft entlassen worden ist, sofort in das Haus ihrer Tante, die von ihr bestohlen worden ist, zurückgekehrt, da die Tante auf der Rückkehr ihrer Nichte bestand.

Aus den Ermittlungen der Kriminalpolizei ist noch zu erwähnen, daß die Komtesse außer der Schmuckkassette auch vorher schon Schmuck der Gräfin Hermersberg entwendet hat. Ferner wird behauptet, daß die Komtesse von Monroy eine Zession des Fürsten Hans zu Hohenlohe, der ihr eine außerordentlich hohe Summe zediert haben sollte, gefälscht hat. Die Ermittlungen ergaben ferner, daß nicht die Komtesse von Monroy den Schmuck verkauft hat, sondern Herr Wedel, dem sie die Juwelen übergeben hatte. Ferner ergab sich, daß die Komtesse nicht davor zurückgeschreckt ist, die Dienerschaft der Gräfin Hermersberg zu bestehlen. Es ist auch festgestellt worden, daß sie sich eines Abends in das Zimmer des 70jährigen Dieners schlich und aus einer verschlossenen Kassette einen 50-Markschein nahm.

Es ist festgestellt worden, daß die Preise, die von den verschiedenen Händlern für die gestohlenen Juwelen gezahlt wurden, ihrem richtigen Were in keiner Weise entsprachen. Im ganzen verdienten die Verkäufer nur 7000 Mark, während die Juwelen tatsächlich den vielfachen Wert dieser Summe besaßen.

★

Völlig zusammengebrochen.

◆ **Berlin**, 30. Mai. Nach ihrer Haftentlassung machte Rechtsanwalt Dr. Frey der Komtesse Monroy die erste Mitteilung von dem Selbstmord ihres Verlobten, des Rittmeisters a. D. von Wedel. Helga von Monroy brach unter Schreikrämpfen völlig zusammen, und es dauerte Stunden, bis sie einigermaßen die Fassung wiedergewonnen hatte. In Begleitung eines Freundes ihres verstorbenen Verlobten holte sie dann ihre Sachen aus dem Hotel Heßler ab und wurde gegen Abend zu ihrer Familie nach Lichterfelde gebracht. Da der Tat- und Wohnort Lichterfelde ist, so ist das dortige Schöffengericht für die Angelegenheit zuständig. Vor der Hauptverhandlung beabsichtigt Rechtsanwalt Dr. Frey, zur Aufklärung der Motive und der Geistesverfassung der Angeklagten deren Untersuchung durch Gerichtsärzte zu beantragen. Eine Einstellung des Verfahrens aus § 193 wegen Geringfügigkeit des Vergehens kommt angesichts der ganzen Umstände kaum in Frage.

Tagung des Verwaltungsrats der Reichsbahn.

„Erhöhung der Personalausgaben nicht möglich."

Berlin, 30. Mai. In der vom 27. bis 29. Mai abgehaltenen Tagung des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahngesellschaft wurde der Abschluß für das Jahr 1928 genehmigt und die Ausschüttung einer siebenprozentigen Dividende auf die ausgegebenen Vorzugsaktien beschlossen. Das Gleichgewicht zwischen Betriebseinnahmen und Betriebsausgaben konnte nur durch eine unerwünschte Einschränkung der Sachausgaben erreicht werden. In den ersten vier Monaten des neuen Jahres sind die Einnahmen um rund 30 Millionen Mark hinter dem Vorkriegsstand zurückgeblieben, während die Ausgaben durch den Frost gesteigert wurden. Bei dieser ungünstigen Finanzlage bezeichnet es der Geschäftsbericht als nicht möglich, einer Erhöhung der Personalausgaben zuzustimmen, die insgesamt etwa 55 Millionen Mark ausmachen dürften. Eine Deckung hierfür ist nicht vorhanden. Eine weitere Einschränkung der jetzt zu stark gedrosselten sächlichen Ausgaben ist unmöglich. Weiter wurde mitgeteilt, daß das Kreditabkommen mit der deutschen Wagenbauvereinigung noch nicht vollzogen werden konnte. Der Wettbewerb des Kraftwagens mit der Eisenbahn wurde eingehend behandelt. Der Verwaltungsrat ist überzeugt, daß der Reichsbahn ein entsprechender Anteil besonders auch am Verkehrszuwachs gesichert bleiben müsse. Er befaßte sich mit den Maßnahmen, die hierzu auf tarifarischem und beförderungstechnischem Gebiet getroffen werden sollen.

Die Gewerkschaften beantragen Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches.

Berlin, 30. Mai. Die offiziellen Erklärungen der Tarifparteien zu dem im Lohnstreit bei der Reichsbahn gefällten Schiedsspruch sind heute im Reichsarbeitsministerium abgegeben worden. Wie bereits angekündigt, haben die Gewerkschaften der Lohnregelung zugestimmt, während die Reichsbahn in verfolg des Verwaltungsratsbeschlusses ihre Ablehnung des Schiedsspruches zum Ausdruck gebracht hat. Der zu erwartende Antrag der Reichsbahnorganisationen auf Verbindlichkeitserklärung dürfte, wie eine Berliner Korrespondenz berichtet, kaum vor Anfang der kommenden Woche gestellt werden, da zunächst noch eine Verständigung der beteiligten Verbände untereinander erfolgen muß.

*

Ergebnislose Verhandlungen im schlesischen Textilkonflikt.

)(**Breslau**, 30. Mai. In dem Lohnstreit der schlesischen Textilindustrie, in der 50 000 Arbeiter ausgesperrt worden sind, hatte der Schlichter die Parteien zusammenberufen. Für den Fall, daß eine freie Verständigung nicht zu erzielen war, hatte der Schlichter in Aussicht genommen, mit Zustimmung beider Parteien eine Schlichterkammer zu bilden. Zur Sache konnte nicht verhandelt werden. Die Arbeitgeber stimmten dem Vorschlage des Schlichters zu, die Arbeitnehmer erklärten sich zu freien Verhandlungen bereit, lehnten es aber ab, sich für den Fall, daß eine freie Verständigung nicht zustande käme, an der Bildung einer Schlichterkammer zu beteiligen. Der Schlichter stellte darauf fest, daß unter diesen Umständen freie Verhandlungen seiner Ansicht nach zwecklos seien und schloß die Verhandlungen.

Weiterer starker Rückgang der Zahl der Arbeitslosen.

◇ **Berlin**, 30. Mai. Die endgültigen Zahlen über die unterstützten Arbeitslosen am 15. Mai 1929 zeigen, daß die Arbeitslosigkeit in der ersten Hälfte des Mai weiter erheblich zurückgegangen ist. Die Abwärtsbewegung war zwar, wie nach den Vormeldungen der Landesarbeitsämter zu erwarten, nicht ganz so stark wie in der zweiten Hälfte des April, da der Massenbedarf in den Außenberufen im wesentlichen gedeckt war. Immerhin ist die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in der Zeit vom 1.—15. Mai von rund 1 126 000 auf rund 927 000 gesunken. Der Rückgang beträgt also 199 000 oder 17,6 v. H. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge hat sich wiederum kaum geändert (198 887 am 15. Mai gegenüber 198 780 am 30. April). An Notstandsarbeitern aus der Arbeitslosenversicherung und aus der Krisenfürsorge wurden am 15. Mai 104 000 gegenüber 93 000 am 30. April gezählt. Nach den vorläufigen Mitteilungen der Landesarbeitsämter ist die Zahl der unterstützten Arbeitslosen auch in der Zeit bis zum 25. Mai wiederum zurückgegangen. Sie dürfte gegenwärtig etwa 850 000 betragen.

Professor Junkers begrüßt Neuenhofen.



Dem Junkerspiloten Neuenhofen ist es gelungen, nunmehr auch den Höhenweltrekord, der bisher von dem Amerikaner Champion mit 11 710 Meter gehalten wurde, an Deutschland zu bringen. Bei seinem letzten Fluge hat er eine Höhe von genau 12 739 Meter erreicht.

Unser Bild zeigt Prof. Junkers, wie er den mutigen Rekordflieger nach der Landung beglückwünscht.

Bei Rheuma, Gicht, Ischias sowie bei Nerven- und Kopfschmerzen, Erkältungskrankheiten und Grippe haben sich Togal-Tabletten hervorragend bewährt. Ueber 5000 notariell beglaubigte ärztliche Gutachten! Davon mehrere hundert Berichte, in denen neben prompter Wirkung besonders die Unschädlichkeit des Togal hervorgehoben wird. Togal scheidet die Harnsäure aus! Ein Versuch überzeugt! Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apotheken. 1,40 Mark.

0,46 Chin. 12,6 Lith. 74,3 Acid. acet. sal. ad 100 Aqua.

Künstlicher Nebel gegen Luftangriffe.



Bei dem ostpreußischen Städtchen Friedland wurden dieser Tage an dem dortigen Kraft- und Wasserwerk gelungene Einnebelungsversuche zum Schutz gegen Fliegerangriffe vorgenommen. 60 Nebelapparate mit etwa 100 Düsen wurden in Tätigkeit gesetzt, die in wenigen Minuten das Werk mit einer dichten Nebelwolke einhüllten und es jeder Sicht entzogen.

Unser Bild zeigt einen der fahrbaren Nebelapparate in Tätigkeit. In der Luft sieht man das Flugzeuggeschwader.

Handel und Wirtschaft.

Berliner Börse.

© **Berlin**, 30. Mai. Im heutigen Vormittagsverkehr konnte man, wie man es seit längerer Zeit nicht gewohnt war, ziemlich lebhaftes Geschäft feststellen. Die Börse eröffnete dann in außerordentlich fester Haltung, und das Geschäft nahm einen großen Umfang an. Wenn auch in Paris über die Vorbehalte noch keine Verständigung erzielt worden ist, so wird doch die Einigung über die Annuitäten, die ziemlich überraschend kam, sehr gut aufgenommen und man glaubt jetzt, daß in diesen Tagen die Einigung über alle Punkte erzielt werden wird. Trotz des Feiertages in den katholischen Ländern und in den Vereinigten Staaten und trotz des Wahltages in England, lagen doch erhebliche Auslandsordres, besonders aus der Schweiz, England und Amerika vor, sogar das Publikum trat heute an verschiedenen Märkten wieder als Käufer auf, und die Spekulation selbst schritt daraufhin zu Meinungskäufen. Anregend wirkte ferner der Beschluß der Federal Reserve Banken, von einer Diskonterhöhung abzusehen. Weniger befriedigt war man dagegen über den Bericht der Reichsbahn, in dem die angespannte Finanzlage sehr stark zum Ausdruck kommt. Obwohl das Geschäft an allen Märkten lebhaft war, konzentrierte sich das Hauptinteresse wieder auf Elektrowerte, Farben, Kaliaktien, Montanwerte und eine große Zahl von Spezialitäten. Die ersten Kurse waren duchweg 3—5%, vereinzelte bis 10 und 12% fester. Die amerikanischen Käufe in AEG hielten an. Farben lagen auf Auslandsordres 6% fester, Schiffahrtswerte, Banken, von letzteren besonders Reichsbank, Berliner Handelsgesellschaft und Danatbank (plus 8¾%), Deutsche Linoleum, Schubert und Salzer, Svenska, Zementwerke, Berger, Zellstoffaktien, Sprit- und Warenhauswerte gehörten zu den heute favorisierten Papieren. Salzdetfurt konnten fast 11%, Siemens 10%, Kunstseideaktien bis 12%, anziehen, bemerkenswert fest waren auch Riebeck und Hoesch, die 6½ bezw. 7% höher lagen. Deutsche Anleihen waren sehr fest, Ausländer gut behauptet. Pfandbriefe ruhig, doch eher freundlicher. Tagesgeld war stärker gefragt, der Satz stellte sich auf 8—10½%, für Monatsgeld auf 10 bis 11½% und für Geld über Ultimo auf 10—12%. Der morgige Ultimo und zugleich Zahltag dürfte, auch wenn vereinzelt noch große Nachfrage besteht, doch im allgemeinen als überwunden gelten. Man rechnet mit einem Hereinströmen von Auslandsgeldern, wenn in Paris die fällige Einigung erzielt worden ist. Nach den ersten Kursen wurde es vorübergehend etwas schwächer, später auf die feste Haltung von Mansfeld (plus 3½%) wieder lebhaft und sehr fest, gegen 1 Uhr aber wieder schwächer, da der Rückgang der Polyphonakten um ca. 10% verstimmte. Devisen waren etwas fester, Pfunde freundlicher.

★

Eine Entschließung der Deutschen Tuchkonvention.

× **Berlin**, 29. Mai.

Die Deutsche Tuchkonvention e. V. hielt am 28. d. M. in Berlin ihre ordentliche Generalversammlung ab. Im Vordergrund des Interesses der stark besuchten Versammlung stand das Scheitern der Verhandlungen in Dresden infolge der weitgehenden Zielforderungen der Abnehmerverbände. In dieser Angelegenheit wurde einstimmig folgende Entschließung gefaßt:

„Die Generalversammlung nimmt davon Kenntnis, daß die Abnehmerverbände die Erfüllung ihrer Zielforderungen zur unerläßlichen Vorbedingung nicht nur für die Erneuerung des Abkommen vom 17. März 1927, sondern sogar für jede Aussprache über ihre übrigen Forderungen gemacht haben. Sie billigt einmütig den von den Wortführern der Konvention in den Verhandlungen in Dresden vertretenen Standpunkt, daß die Finanz- und Kreditverhältnisse des Reiches und der Wirtschaft von jedem verantwortungsbewußten Kaufmann äußerste Vorsicht in der Kreditgewährung verlangen und daß die Konvention daher nicht daran denken kann, ihren Mitgliedern eine Verlängerung des Zahlungsziels zuzumuten, oder gar durch Anwendung des Barnachlasses von 4 Proz. auf Wechselzahlungen einen besonderen Anreiz für Wechselzahlungen zu schaffen, während die Mitglieder selbst nicht mit Krediterweiterung rechnen können, sondern sich im Gegenteil Krediteinschränkungen gegenüber sehen.

Unter diesen Umständen erblickt die Generalversammlung in den Zielforderungen der Abnehmerverbände ein unüberwindbares Hindernis für die Erneuerung des Abkommens vom 17. März 1927, durch das erstmalig die Konventionsbedingungen zwischen den Abnehmerverbänden und der Konvention vertraglich festgelegt wurden. Sie bedauert dies um so mehr, als auch sie der in Dresden ausgesprochenen Ueberzeugung ist, daß es dem Ansehen der Verbände und dem Wohle ihrer Mitglieder besser entspräche, wenn die Verbände einander als Vertragspartner und nicht als Gegner gegenüberständen.

Im Hinblick auf die von einzelnen Abnehmerverbänden angekündigten Versuche, die Erfüllung ihrer Forderungen durch die Ablehnung der Konventionsbedingungen bei Erteilung neuer Aufträge zu erzwingen, verpflichten sich die anwesenden Mitglieder nochmals ausdrücklich und machen es in gleicher Weise auch allen anderen Mitgliedern zur strengsten Pflicht, die Konventionsbestimmungen auf das genaueste zu befolgen und mit dem ganzen durch die gegenwärtige Wirtschaftslage gebotenen Ernste geschlossen für die Konvention einzutreten. Sie beauftragen die Verbandsleitung, alle zur Abwehr der angekündigten Angriffe der Abnehmer auf die Konvention erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.

Um ihrerseits der, zumal bei der kritischen Wirtschaftslage, vornehmsten Aufgabe der Verbände zu dienen und den Wirtschaftsfrieden nach Kräften zu fördern, billigt die Generalversammlung trotz ernstester Bedenken das von der Verhandlungskommission in Dresden gemachte Angebot der Ermäßigung der Verzugszinsen auf zur Zeit 11 Proz. (= 15 Proz. des jeweiligen Reichsbankdiskonts) und des Verzichtes der Konvention auf die Berechnung von Mahnkosten; sie erhebt beides mit Wirkung vom 1. Juni d. J. an zum Beschluß. Außerdem beschließt sie mit Beginn der neuen Sommersaison eine erweiterte Abgabe von Gratismustern in einheitlichem Format."

Im Hinblick auf die Ankündigung der Abnehmerverbände, möglichst keine Aufträge zu den Konventionsbedingungen zu erteilen, um dadurch die Erfüllung ihrer Zielforderungen zu erzwingen, machten die Versammlungsteilnehmer sich und allen anderen Mitgliedern die genaue Befolgung der Konventionsbedingungen zur strengsten Pflicht.

★

Märkte.

Dortmunder Getreidebörse.

× **Dortmund**, 29. Mai. Inl. Weizen 23; inl. Roggen 21—21,25; Preise nominell ohne Geschäft; pomm. Weißhafer 24; ausl. Weizen 24—25; ausl. Roggen 22,25—23,25 ausl. Hafer 21,5—24; ausl. Gerste 19—20; Platamais 20 bis 21; Bäckermehl 30; Roggenmehl 31; ostd. Roggenmehl 28,5—29; Weizenkleie 12—13, Trockenschnitzel 14,5—15,5; Tendenz: flau. Diese Preise sind Großhandels-Verkaufspreise und verstehen sich per 100 Kilo waggonfrei Dortmund in Ladungen von 10—15 Tonnen.

Dortmunder Zucht- und Faselviehmarkt.

× **Dortmund**, 29. Mai. Auftrieb: 704 Großvieh, 195 Schweine, 17 Kälber, 1 Ziege. Der Handel war langsam. Kühe kosteten 350—675 RM., Rinder kosteten: 250—525 RM. Einzelne ausgesuchte Tiere wurden über Notiz bezahlt. Sämtliches zum Markt aufgetriebenes Großvieh ist gegen Maul- und Klauenseuche geimpft worden. Die geimpften Tiere sind mit Ohrenmarkennummern versehen, die die Bezeichnung „Magerviehhof Dortmund" tragen. Es sind die Nr. 14626—15323 verwandt worden. Am Schweinemarkt war der Handel langsam. Es wurden bezahlt für 6—8 Wochen alte Ferkel 33—40, für 8—10 Wochen alte Ferkel 40—48, für 10—12 Wochen alte Ferkel 48—70 RM. — Der nächste Markt findet am 5. Juni statt.

Nutz- und Zuchtviehmarkt in Osnabrück.

◇ **Osnabrück**, 29. Mai. Auftrieb: 249 Rinder, 846 Läuferschweine. Bezahlt wurden: Rinder: Kühe in Milch und tragende Kühe: 520—600, 420—520, 300—400, 250 bis 300, tragende Rinder: 400—500, 350—400, 240—350, 200—250 RM. Läuferschweine: 50—63, 6—8 Wochen alte 31—39, 8—13 Wochen alte 39—44 RM. Handel: Rinder mittel, gute Tiere gesucht. Ferkel: gut. — Nächster Markt: 5. Juni.

Hamburger Schlachtviehmarkt.

× **Hamburg**, 31. Mai. Auftrieb: Ochsen 113, Quienen 129, Bullen 137, Kühe 363, ausl. Rinder 742, Stallmastschafe 350, Weidemastschafe 152. Es kosteten: Ochsen: a) 56—58, b) 50—54, c) 40—48, d) 30—38; Bullen: a) 50—52, b) 44—48, c) 35—43, d) 26—34; Kühe: a) 44 bis 47, b) 35—42, c) 25—34, d) 15—25, Bahnversand 400; Stallmastschafe: a) 58—60, b) 52—55, c) 42—48, d) 20 bis 30; Weidemastschafe: a) 58—60, b) 50—54, c) 40—45, d) 17—28, Bahnversand 200. Marktverlauf: bei Rindern mittelmäßig, bei Schweinen ruhig.

Berliner Produktenbericht.

× **Berlin**, 30. Mai. Der festere Schluß Liverpools und die stetigeren Meldungen von den überseeischen Märkten hatten gestern nachmittag und heute vormittag einer Erholung Platz greifen lassen. Als jedoch Liverpool heute Preisgewinne meldete, gingen die Preisgewinne, die im Freiverkehr etwa 2 ℳ betragen hatten, nicht nur wieder gänzlich verloren, sondern die Eröffnungsnotierungen stellten sich noch um 1½—2 ℳ unter gestrigen Schluß. Die Offerten für Auslandsweizen und Roggen wiesen gegenüber gestern kaum nennenswerte Veränderungen auf. Vom Inlande liegt eher noch Angebot als an den Vortagen vor, soweit Material zur Waggon- und Kahnverladung offeriert war, nannte man auch 2 ℳ niedrigere Preise. Mehl ist weiter sehr still. Es erfolgen nur dringendste Bedarfskäufe. Die Mühlen zeigen sich gegenüber Geboten weiter entgegenkommend. Hafer still, ebenso Gerste.

Amtl. Produktennotierungen in Berlin am 30. Mai 1929.

(Für Getreide je 1000 kg, für die übrigen Artikel je 100 kg)

	28. 5.	30. 5.
Weizen märk.	207—08	203—04
Mai	218½	212
Juli	218½—19½	216½—15
September	228½—29½	227—26
Tendenz:	flau	matt
Roggen märk.	181—183	177—79
Mai	—	—
Juli	198—97½	192½—90½
September	202—01½	195½—93½
Tendenz:	flau	matt
Gerste		
Braugerste	206—220	205—18
Futtergerste	178—186	176—182
Winterg.	—	—
Tendenz:	matt	matter
Hafer märk.	176—182	175—181
Mai	—	—
Juli	187	184½ 83½
September	192—90½	188—86½
Tendenz:	flau	matt
Mais Waggon frei ab Hamburg	—	—
Tendenz:		

	28. 5.	30. 5.
Weizenmehl	29½—27½	23—27½
Tendenz:	still	
Roggenmehl	24½—27	24½—26½
Tendenz:	still	
Weizenkleie	12¼—12½	—
Tendenz:	flau	—
Roggenkleie	12¾	—
Tendenz:	flau	—
Raps	—	—
Tendenz:	—	—
Leinsaat	—	—
Tendenz:	—	—
Viktoriaerbs.	41—48	41—48
kl. Speiseerbs.	29—34	29—34
Futtererbsen	21—22	21—23
Peluschken	25—26½	25—26.5
Ackerbohnen	22—24	22—24
Wicken	28—30	28—30
Lupinen, gelbe	17½—18½	17.5—18.5
Seradella alte	23—25	23—25
neue	—	—
Rapskuchen	60—64	60—64
Leinkuchen	18.9—18.9	18.9—18.9
Trockenschn.	21.6—22	21.6—22
Sojaschrot	12.	12
Torfmelasse	19.9—19.7	19.4—19.3
Kartoffelflock.	—	—
	15.4—16	15.4—15.8

Speisekartoffeln, weiße . . . . . 1.80—2.00
Speisekartoffeln, rote . . . . . 2.00—2.20
Speisekartoffeln, gelbfleischige . . 2.40—2.60
Fabrikkartoffeln 9—9½ Pfg. per St. %

Bremen Baumwolle

	28. 5. Brief	28. 5. Geld	28. 5. bezahlt	30. 5. Brief	30. 5. Geld	30. 5. bezahlt
loco	20.36			20.29	20.29	
Januar	19.58	19.57	—	19.65	19.64	19.65
März	19.70	19.68	19.69	19.77	19.76	—
Mai	20.10	20.05	—	—	—	—
Juli	19.48	19.45	19.46	19.40	19.33	19.40
Oktober	19.53	19.50	19.51	19.58	19.55	19.58
Dezember	19.60	19.57	19.59	19.65	19.62	19.64

Tendenz: stetig

Liverpool: Baumwolle

	28. 5.	30. 5.		28. 5.	30. 5
loco	10.12	10.12	Juli	9.83	9.83
Januar	9.76	9.81	August	9.82	9.83
Februar	9.79	9.82	September	9.80	9.82
März	9.82	9.84	Oktober	9.79	9.82
April	9.83	9.75	November	9.77	9.80
Mai	9.90	9.93	Dezember	9.77	9.80
Juni	9.81	9.80	Mai 1930	—	9.86

Tendenz: ruhig

	28. 5.	30. 5.
Tagesimport	—	1200
Tageslocoverkäufe	—	—
Exportverkäufe	—	—
Exypt. Upper F. G. fair loco	1114	1128

Liverpool: Ostindische Baumwolle

	28. 5.	30. 5.
loco F. G. Surtee	9.10	9.15
„ F. G. Broach	9.25	9.30
„ F. G. Nr. 1 Oomra	7.30	7.25
„ F. G. Americ Sind-Punjab	8.85	8.90
„ F. G. Bengal	6.30	6.35
„ F. G. Sind	6.30	6.25
„ F. G. Tinnivelly	—	—

Nachruf.

Am 28. ds. Mts. verschied plötzlich und unerwartet infolge Schlaganfalles der

Gutsbesitzer Andreas Schulze Wischeler

zu Walstedde. Seit dem 25. Januar 1912 Gemeindevorsteher der Gemeinde Walstedde, seit dem 25. April 1912 Beigeordneter des Amtes Drensteinfurt, sowie als Kreistagsabgeordneter war sein ganzes Streben nur darauf gerichtet, für das Wohl der Gemeinde tätig zu sein, und die Belange aller Gemeindeeingesessenen zu fördern. Mit Umsicht und Tatkraft hat der Verblichene allzeit, ganz besonders jedoch in den schweren Jahren des Krieges und der Nachkriegszeit im Dienste der Allgemeinheit gesorgt und geschafft, immer unter Zurückstellung seiner eigenen Bedürfnisse, wenn es galt, das ihm ans Herz gewachsene Gemeinwesen vor der Not der Zeit zu bewahren.

Stets hilfsbereit durch Rat und Tat war er ein treuer Hüter von Ordnung und Recht. Durch seine ausgezeichneten Kenntnisse und seine hervorragenden Charaktereigenschaften war er hierdurch ganz besonders befähigt. Kern deutsche Gesinnung, ein offenes und freundliches Wesen, verbunden mit Lauterkeit in Charakter und Gesinnung sicherten ihm stets das uneingeschränkte Vertrauen aller Gemeinde- und Amtseingesessenen.

Tief erschüttert stehen wir an der Bahre dieses edlen Mannes und betrauern diesen unersetzlichen Verlust.

Seine großen Verdienste sichern ihm ein bleibendes Andenken. Er wird uns unvergeßlich sein. Möge er ruhen in Gottes heiligem Frieden.

Namens der Amtsverwaltung Drensteinfurt, der Gemeindevertretung und des Schulvorstandes Walstedde:

Freiherr von Landsberg, Ehrenbürgermeister,
Borgmann, Stellvertretender Gemeindevorsteher.

Schützenverein Liedern.

Unser Mitglied

Herr Wilhelm Robeling

ist gestorben. Zum Seelenamt, welches am Samstagmorgen um ½9 Uhr in der St. Georgiuskirche stattfindet, sowie zur anschließenden Beerdigung laden wir unsere Mitglieder freundlichst ein.

Der Vorstand.

Bürgerschützenverein 1616 Rheine

Unser Mitglied

Albert v. Schoonhoven

ist gestorben. Antreten zur Beerdigung am Freitag, 31. Mai, nachm. 2½ Uhr, im Zentral-Hotel Rheine.

Um zahlreiche Beteiligung bittet

Der Vorstand.

Ulmer Dombau-
Geld-Lotterie
Ziehung 5. Juni 1929
1168 Geldgew. u. 1 Prämie v. M
Höchst- und Hauptgew. 150000 75000 50000 25000 10000 5000
usw. Glückslose zu 3,- Mk. (Porto u. Liste 40 Pfg. extra) empfiehlt u. vers. unt. Nachnahme od. Vorauszahlung auf Postsch.-Konto Dortmund 22606 **Lotteriebank E. Vendel G. m. b. H.** Münster i. W., Salzstr. 35 a.

Ia. Elderfettkäse 20%
9 Pfd. = Mk. 6,30 franko
Dampfkäsefabrik Rendsburg.

Gute Stellung
verdankt mancher dem tägl. Studium des **„Zeno"**-Arbeitsmarktes.
Auch Sie
handeln klug, wenn Sie jeden Tag den Stellen- und Arbeitsmarkt d. **„Zeno"** verfolgen.



Münster i. W., Rothenburg 53, Telephon 21568.

DAS MODISCHE EREIGNIS
BEGINN 1. JUNI
MEIN MODELL-VERKAUF! MEHR ALS 100 HOCHWERTIGE MODELLE ZU GÜNSTIGEN STARK ERMÄSSIGTEN PREISEN
MODELLE
FÜR DEN VOR- UND NACHMITTAG MODELLE FÜR DEN ABEND, MODELL-MÄNTEL, JACKENKLEIDER, COMPLETS
DORTMUND BETENSTR. 9 MAX WESER

Auf Teilzahlung
Ia. Markenfahrräder u. Nähmaschinen
H. Gundlage
Münster, Bremer Str. 32
Fernruf 406 28.
Gut eingerichtete Reparaturwerkstatt.

Nachdem meine Mutter **1918** von ergem
+ Nervenleiden
an dem sie von Jugend an litt, von Hrn. **C. B. F. Rosenthal** in **München, Bavariaring 32**, welcher durch die schon **32** Jahre lang ausgeübte Spezialbehandlung von Nervenleiden **sehr große Erfahrungen** besitzt, geheilt wurde u. sich heute noch ganz wohl fühlt, so wandte auch **ich** mich vor mehreren Wochen an Hrn. Rosenthal u. **schrieb** ihm, daß ich seit 2½ Jahren an heftig. Kopfschmerzen in beiden Schläfen, im Genick u. Hinterkopf leide u. wurde, ebenso wie vor **10** Jahren meine Mutter, jetzt auch ich in einigen Wochen für **billiges** Honorar **brieflich** geheilt, weshalb ich jedem Kranken dringend rate, Hrn. Rosenthal **vertrauensvoll** sein Leiden zu **schreiben**. Passau, Brattischwinkel 14, Frl. Berta Huber. fa11689

Betten
gar. federd. gefüt. Inlett, ½schl. gr. Oberb., Unterb., Kissen, m. 14 Pfd. gr. Fed. gef., zus. Mk. 38,50. Dasl. rot 2 Kissen, m. 16 Pfd. best. gr. Federn, Mk. 63.—
Bettfedern
grau, per Pfd. Mk. 0.95, best. 1,50, gr. Halbdaunen 3,25, weiße Federn 4,95, graue Daunen 8,50. Metallbetten und Matratzen billig. **Frachtfrei.** Tausende Dankschr. Muster und Katalog frei. Nichtgefallend Geld zurück. Bettenfabrik u. Versand **Th. Kranefuß, Kassel 179.** — Gegründet 1895.

Der schönste Schmuck
für Veranden, Balkon, Fensterbretter usw. sind unstreitig meine weltberühmten
Gebirgshängenelken
Illustr. Preisliste gr. u. fr. Versand überallhin!
A. Eibl, Versandgärtn., **Traunstein 353** (Obb.).

Die ganze Woche durchgehend geöffnet!
Billig!
Getragene Maßanzüge
von besseren Herren von 9.— Mk. an
Cutaway-Anzüge . . 12.— „ „
Gehrock-Anzüge . . 18.— „ „
Paletots . . . . 8.— „ „
Einzelne Joppen . . 2.50 „ „
Schuhe . . . . 2.— „ „
Ferner
Neue eleg. Herren-Anzüge von 24.— Mk. an
Herren-Halbschuhe in braun u. schwarz . 11.— „ „
Landschuhe . . 6.90 „ „
Sport- u. Jagdstiefel . 9.— „ „
Gamaschen, Rindleder . 6.50 „ „
Der weiteste Weg lohnt sich. — Auswärtige Kunden erhalten eine halbe Fahrt vergütet.
Partiewarenhaus Lewenthal
Münster i. W.,
Hollenbeckerstraße 5
Aufbewahren! Ausschneiden!

Mühelos bohnert nur z3697xJ


Edelwachs
Bezirksvertretung und Fabriklager
Anton Schulz, Münster i. W.
Winkelstr. 20a Ruf 22925.

Jede Anzeige hat Erfolg in der **Zeno!**